Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 27 (1933)
Heft: 12

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ich meine doch, *überall* weiſe die Kataſtrophe auch auf die Erhebung hin. Ich meine, wenn wir alles recht verſtünden, wenn wir *Gott* recht verſtünden, müßten wir das Ergebnis dieſes ſo ſchweren, ja furchtbaren Jahres und die Loſung, mit der wir die Schwelle eines vielleicht noch ſchwereren, noch furchtbareren überſchreiten, *dennoch* in das Wort faſſen:

Vexilla Dei prodeunt — Gottes Fahnen rücken vor.

13. Dezember 1933. *Leonhard Ragaz.*

Rundſchau

Zur Chronik.

I. *Weltpolitiſches.* Die *Anerkennung Sowjetrußlands* durch die *Vereinigten Staaten* hat zur Bedingung freie Ausübung der Religion für die amerikaniſchen Bürger auf dem Boden der Sowjetunion (etwas ſehr Wichtiges — das iſt eine Breſche!) und Unterlasung aller kommuniſtiſchen Propaganda von Seiten der Ruſſen. Man erwartet von der Annäherung der beiden Reiche große wirtſchaftliche Vorteile, z. B. für 480 Millionen Dollar Aufträge an die amerikaniſche Induſtrie. Es ſollen denn auch ſchon jetzt die deutſchen Ingenieure und anderen Techniker faſt ganz durch franzöſiſche und amerikaniſche verdrängt ſein.

In *China* hat ſich die 19. Armee (die durch ihren Kampf bei Shanghai berühmt geworden iſt) gegen die Nanking-Regierung erhoben und die Provinz Fukien von deren Herrſchaftsgebiet losgetrennt. Es ſoll gegen Tſchiankaiſchek die nationale und japangegneriſche Richtung der Kuomingtang-Partei durchgeſetzt werden. Auch andere Bürgerkriegszuckungen werden gemeldet.

Die *ſpaniſchen Wahlen* haben eine ausgeſprochene Wendung nach rechts gezeigt. Die Vertretung des Katholizismus hat, wie man ſagt beſonders durch die Mitwirkung der Frauen, am meiſten Erfolg gehabt. Man wird darin wohl eine nicht ganz grundloſe Reaktion gegen die Auswüchſe des ſpaniſchen „Kulturkampfes" erblicken dürfen. Die Sozialiſten aber ſind ſtark zurückgedrängt. Eine Reaktion auf dieſe Reaktion aber ſcheint der *anarchiſtiſch-ſyndikaliſtiſche Putſch* zu ſein. Seine Loſungen ſind echt anarchiſtiſch: Aufhebung des Staates und des Privateigentums; Ueberführung der Fabriken, Werkſtätten, Bergwerke und ſo fort in den Beſitz der Gewerkſchaften wie des Großgrundbeſitzes in den Gemeinbeſitz der Kommunen; Abſchaffung des Geldes und Verbot des Handels. Alles unter der rot-ſchwarzen Fahne. Einem Beurteiler aus der Ferne erſcheint die Aktion als ſinnlos, weil ſie ausſichtslos iſt und die Reaktion doch wohl nur ſtärken wird.

Das *Kabinet Chautemps*, das das geſtürzte Kabinett Sarraut erſetzt, hat ſich vorläufig durch die Unterſtützung der Neoſozialiſten und die Stimmenthaltung der Blum-Sozialiſten behaupten und die Klippe des Finanzprogrammes mit ſeinem „Lohnabbau" für die Beamten paſſieren können. Damit ſcheinen gewiſſe faſchiſtiſche Tendenzen, die auch in Frankreich nicht fehlen, für den Augenblick zurückgedämmt.

Die Agitation des ſchlimmen *ungariſchen* Politikers Graf Bethlen für die Aufhebung des Vertrages von Trianon und damit die Reviſion der ungariſchen Grenzen hat in England 130 Abgeordnete für ſich gewonnen.

Das Vermögen Einſteins, Theodor Wolffs, Emil Ludwigs, Heinrich Manns iſt beſchlagnahmt worden.

Im Anſchluß an einen Prozeß gegen den „Katholiſchen Volksverein" und beſonders Profeſſor Deſſauer, einen bekannten katholiſchen Soziologen, wird auch *Förſter* und *Mühlon* (für deſſen Schrift: „Die Verheerung Europas") der Prozeß gemacht, natürlich auf Nazi-Art. Gottlob, daß es ihnen wenig ſchaden kann. Mühlon iſt ein Edelmann durch und durch!

Solche, die am 12. November nicht oder mit Nein geſtimmt, hat man vielfach durch die Straßen geführt mit der Inſchrift am Hals: „Ich bin ſo niederträchtig geweſen, mit Nein zu ſtimmen", oder: „Ich bin ein Landesverräter". Das war die „freie Abſtimmung".

Der unſelige Krieg zwiſchen *Bolivien* und *Paraguay* ſcheint nun durch einen großen Sieg des letzteren zum Abſchluß zu kommen. Es war traurig, daß der Völkerbund nicht einmal den endgiltig zu verhindern die Kraft hatte.

II. *Frieden und Abrüſtung.* In *England* haben die militäriſchen Kreiſe das Gefühl, es fehle an ſeinem Luftſchutz und es will darin, falls die Abrüſtungskonferenz endgiltig ſcheitert, gewaltig aufrüſten.

Man iſt der Anſicht, daß die deutſche *Zivilluftſchiffahrt* immer mehr eine verkappte Form der militäriſchen werde, beſonders auch jene ſchweren Flugzeuge, die ohne erſichtlichen andern Grund die Eiſenbahnzüge erſetzen ſollen.

Ueber *Warſchau* haben große Gasmanöver ſtattgefunden.

Ein ſehr gelungener, von den Kommuniſten beherrſchter *Kongreß gegen den Krieg* iſt in New York abgehalten worden.

III. *Wirtſchaftliches und Sozialiſtiſches.* In *England* haben ſich Handel und Induſtrie merklich belebt und die Arbeitsloſigkeit iſt bedeutend zurückgegangen. MacDonald ſchreibt das auf das Konto ſeiner ſtaatsmänniſchen Größe. Wobei übrigens bei dieſer „Belebung" der wirtſchaftlichen Lage die glänzend gedeihende *Rüſtungsinduſtrie* eine große Rolle ſpielt.

Der Aktion *Rooſevelts* leiſten die Großfinanz und die Großinduſtrie immer ſtärkeren Widerſtand. Beſonders zeichnet ſich darin *Ford* aus, der offenbar doch nicht bezwungen iſt. Die Arbeitsloſigkeit weiter als um etwa vier Millionen herunterzudrücken, iſt nicht gelungen. Die American Federation of Labour (der amerikaniſche Gewerkſchaftsbund) fordert die Dreißig-Stunden-Woche. Er hat ſich, offenbar noch in veralteten Schematen befangen, gegen die Gründung von Induſtriegewerkſchaften (an Stelle der reinen Fachgewerkſchaften) ausgeſprochen. Doch hat das Gewerkſchaftsweſen einen gewaltigen Aufſchwung genommen. Auch an Streikbewegungen fehlt es nicht. Doch ſcheinen die Farmer ein wenig ruhiger geworden zu ſein. Das Experiment der Dollarentwertung will auch manchen Freunden Rooſevelts nicht gefallen.

Die *Korruption im Bankweſen* tritt gerade in den Vereinigten Staaten in immer neuen Skandalen zutage und iſt geeignet, die Stimmung für Rooſevelt zu erhalten.

Im *Nordwolle-Prozeß* ſind die beiden Brüder Lahuſen zu 8 und 5 Jahren Gefängnis und hohen Geldbußen verurteilt worden.

Die *Freigeld-Bewegung* nimmt in der Schweiz mächtig zu. Sie hat auch eine eigene Tageszeitung, die „Eidgenöſſiſchen Nachrichten", gegründet. Doch wird ſie auch ſehr entſchieden abgelehnt.

In der Schweiz beſchäftigt die Lage der *Bergbauern* fortwährend ſtark die Oeffentlichkeit — mit Recht!

Die *öſterreichiſche Sozialdemokratie* ſetzt ihren Kampf fort und ſteht noch nicht vor der Kapitulation; ihre Ausſichten ſind vielleicht ſogar beſſer als vor kurzem.

Die *belgiſche Sozialdemokratie,* deren Land ſo ſehr viel mehr bedroht iſt als die Schweiz, lehnt die Kredite für das Heer und die Feſtungen ab, weil ſie jeden europäiſchen Krieg für Europas Ende hält, und fordert dafür geſchloſſenes politiſches und wirtſchaftliches Vorgehen gegen Hitler-Deutſchland.

IV. *Kulturelles.* Das *Auto* hat in England letztes Jahr 7000 Menſchen getötet, das macht täglich 18 Tote, wozu noch täglich 500 Verletzte kommen. Ob-

ſchon dieſe furchtbaren Zahlen *relativ* nicht größer ſein werden als in der Schweiz, iſt der Kampf gegen dieſe Peſt in England ungleich lebhafter als bei uns. Im Unterhaus wird immer wieder davon geredet, und die „Times" öffnen für das Thema immer wieder ihre Spalten oder ſchlagen es ſelbſt an.

Die *Prohibition* iſt nun in den Vereinigten Staaten als allgemeine Verfaſſungsbeſtimmung endgiltig gefallen. Doch beſteht ſie noch geſetzlich in 30 von den 48 Staaten. Der Kampf gegen den Alkohol geht in andern Formen weiter. Zu den alten Zuſtänden will die Mehrheit nicht zurückkehren.

Die *Lynchjuſtiz* hat neue Opfer gefordert, doch regt ſich das nationale Gewiſſen immer ſtärker gegen ſie.

Auf den *Philippinen* iſt das *Frauenſtimmrecht* eingeführt worden.

Der *Antiſemitismus* erregt fortwährend auch Rumänien. Die „Eiſerne Garde", ſeine ſtudentiſche Organiſation, iſt verboten worden.

V. *Kirchliches.* Die *römiſche* Kirche hofft, mit *Rußland* ein Konkordat bekommen zu können. Der Beſuch Litwinows in Rom ſoll zur Anknüpfung von Verhandlungen darüber benutzt worden ſein. Der Vatikan würde ſich in dieſer Beziehung als Sachwalter der ganzen Chriſtenheit fühlen.

Die *Zürcher Kirchenſynode* hat eine Erklärung gegen den *Antiſemitismus* angenommen, die von Prof. Köhler begründet wurde. Man wird das begrüßen. Aber mehr Mut hätte es in *unſerer* Lage gebraucht und nötiger wäre geweſen, gegen unſern neuen Militarismus Stellung zu nehmen. Oder es wäre, wenn man gegen das Hakenkreuz demonſtrieren wollte, umfaſſender und offener zu reden geweſen.

Die amerikaniſche Vereinigung ſozialiſtiſcher Chriſten *(Fellowship of Socialist Christians)* hat im September in der Arbeiterhochſchule (Labour College) in Brookwood eine zweitägige Verſammlung abgehalten. Sie beſchloß, energiſcher in den Kampf für den Sozialismus einzutreten und dafür ein Programm zu entwerfen. 14. Dez.

Zur ſchweizeriſchen Lage.

I. Die ſchweizeriſche Lage in der Berichtszeit iſt vor allem durch große, ja glänzende *ſozialiſtiſche Wahlerfolge* charakteriſiert. Am überraſchendſten war wohl die Eroberung *Lauſannes*, zu der ſich bedeutende Erfolge in andern größeren Orten des Waadtlandes geſellten. Denn Lauſanne, das einſt einen Vinet und Secretan geſehen, galt, wie das ganze Waadtland mit ſeiner überwiegend bäuerlichen Bevölkerung, ſeit langem als ein Hauptſitz, wenn nicht gar, etwa neben Freiburg, *der* Hauptſitz der ſchweizeriſchen Reaktion. Aber vielleicht erklärt ſich gerade daraus die Heftigkeit des Umſchlages. Noch bedeutſamer iſt die Eroberung *Genfs*, womit nebenbei auch zum erſtenmal ein ganzer Kanton eine ſozialiſtiſche Regierung bekommt. Es iſt mit Recht in bezug auf den waadtländiſchen wie den genferiſchen Umſchwung darauf hingewieſen worden, daß er auch ein *Volksurteil über den 9. November* bilde. „Les tribunaux ont jugé. Le peuple aussi a jugé", hat mit Recht der neue genferiſche Großratspräſident Roſſelet erklärt. Vielleicht geben dieſe Entwicklungen auch einigen Theologen zu denken. Es wäre ja eine gute Gelegenheit zur Anwendung der beliebten Dialektik! Und vielleicht lieſt da und dort einer unſere Broſchüre über den 9. November noch einmal und mit andern Augen.

Zu dieſen großen Siegen, die auf den zürcheriſchen gefolgt ſind, geſellen ſich kleinere. So einer in *Baſel* bei Anlaß der Wahlen in den Bürgerrat, der umſo ſymptomatiſcher iſt, als ſonſt gerade dieſe Wahlen kein gutes Terrain für die Sozialiſten ſind. Dazu neuerdings ſolche bei den *Berner* Gemeindewahlen. Ein gewiſſer Rückſchlag iſt nur im Kanton *Neuchâtel* zu verzeichnen. Hier mag die Kriſe der Uhreninduſtrie eine Urſache des Mißerfolges ſein, vielleicht aber auch andere Umſtände, zum Teil ſolche, die im dortigen Sozialismus liegen.

Es ſind wirklich bedeutſame Ereigniſſe. Beſonders gilt dies von dem Umſchwung in *Genf*. In St. Pierre, auf der Kanzel Calvins, hat Nicole, der vor

Kurzem noch im Gefängnis Sitzende, mit allen Hunden der Reaktion Gehetzte, ſeine Regierungserklärung geleſen. Darob Entſetzen bei den Reaktionären, aber es liegt ein ganz guter und großer Sinn darin, daß nun der Sozialismus den Calvinismus ablöſt. Die Regierungserklärung ſelbſt war ſehr würdig und hatte einen gewiſſen großen Wurf, wie man ihn auch andern ſozialiſtiſchen Magiſtraten wünſchen möchte. Sie hat auch wirklich *ſozialiſtiſchen* Charakter: ſie will, ſoweit das im Rahmen eines Kantons möglich iſt, ſozialiſtiſche Grundſätze verwirklichen. Und zwar zum Wohl *Aller* — die Ausbeuter und Wucherer ausgenommen. Sie will vor allem auch das Unrecht des 9. November gutmachen, ſoweit dies möglich iſt. Die Hinterbliebenen der Opfer, auf deren Gräber offiziell Kränze gelegt werden, ſollen Entſchädigungen erhalten. Die infolge ihrer Beteiligung an den Unruhen entlaſſenen Beamten werden wieder eingeſetzt, und dafür andere, faſchiſtiſch geſinnte, entlaſſen. Der Erlaß, der Kommuniſten den Zutritt zu den ſtaatlichen Aemtern und Anſtellungen verweigert, wird aufgehoben, ebenſo das Verbot der Aufführung des Films: „Der Panzerkreuzer Potemkin". Die Ausweiſungen werden widerrufen, damit auch die beſonders ſkandalöſe des Doktor Jeanneret-Minkine aus Lauſanne. Wenn aber jemand gefürchtet hätte, das „rote" Genf werde nun ungünſtig auf das Völkerbunds-Genf wirken, ſo iſt das Gegenteil der Fall. Während ein großer Teil des Genfer Patriziertums in ſeiner Verblendung und Verhärtung dem Völkerbund mit kühlem Hochmut gegenüberſteht, ſpricht ſich die Regierungserklärung darüber ſympathiſch aus und verſpricht, das Verſammlungsrecht, die freie Bewegung der internationalen Inſtitutionen (Frauenliga!) und der internationalen Preſſe (deren Urteil über den 9. November unſerer Reaktion ſoviel Magenbeſchwerden bereitet hat) energiſch zu ſchützen.

Und dann iſt Nicole in Begleitung von 530 Genoſſen und Genoſſinnen nach Bern gefahren und triumphierend in denſelben Nationalrat eingezogen, aus dem man ihn kurz vorher unter offenem Bruch der Verfaſſung ausgeſchloſſen hatte. Gleichzeitig wurde dort ſein, im übrigen ſehr anders gearteter Genoſſe Johannes Huber von St. Gallen zum Vizepräſidenten des Nationalrates gewählt, von welcher ſchwindelnden Würde man ihn als „Marxiſten" und durch verleumderiſche Ausbeutung eines paradoxen, aber ſehr harmloſen Wortes über die Nationalbank hatte fernhalten wollen.

Das alles kam dem reaktionären Bürgertum ſehr unerwartet. Es war arg gegen das Programm. Man hatte damit gerechnet, es werde mit dem ſchweizeriſchen „Marxismus" gehen, wie es in Deutſchland gegangen iſt. Und nun iſt man ſelbſt faſt auf der ganzen Linie geſchlagen und ſieht die „rote Flut" ſteigen. In ohnmächtiger Wut proteſtieren die „Fronten", mit Ausnahme der „nationalen", gegen die Zulaſſung Nicoles und die Wahl Hubers und ſetzen ihre Hoffnung auf die neue Lex Häberlin.

Beſſer wäre, unſer Bürgertum bedächte noch rechtzeitig auch in andern Dingen, *daß es Umſchwünge und Tage der Vergeltung gibt.*

II. Aber ein Verhängnis iſt es, daß mitten in dieſem neuen ſozialiſtiſchen Elan hinein etwas geworfen wird, was geeignet iſt, ihn zu brechen: der Erisapfel der ſogenannten *Landesverteidigung.* Es iſt bezeichnend, daß dieſes Verhängnis von dem gleichen Manne ausgeht, der in einer ähnlich günſtigen Lage in den Jahren von 1917 bis 1920 eine ähnliche Rolle geſpielt hat, nämlich von *Robert Grimm.* Was er in ſeiner großen Rede über „Faſchismus und Landesverteidigung", die nach Möglichkeit in der ſozialiſtiſchen Preſſe verbreitet wird, leiſtet, iſt die gleiche armſelige pſeudo-marxiſtiſche Akrobatik und Demagogie, die man an dieſem Manne gewohnt iſt. Es handelt ſich im Grunde doch einfach um einen durch die glaubensloſe Angſt vor Hitler erzeugten ſchändlichen Umfall. Der gleiche Mann, der ſonſt immer bereit war (und deſſen Kreaturen noch viel mehr als er), alles, was nicht in dieſes pſeudo-marxiſtiſche Schema paßte, mit überlegen ſein ſollendem Hohn abzutun, erblickt nun auf einmal ausgerechnet in der Armee ein Inſtrument der Demokratie. Er, der immer wieder über die „bürgerlichen Pazifiſten und Pazifiſtinnen" der Zentralſtelle und der Frauenliga ſeinen billigen

Spott ergoß, ſcheint nun dafür den „bürgerlichen Militariſten“ ein faſt unbegrenztes Vertrauen zu ſchenken, nämlich das Vertrauen, daß ſie bereit ſein würden, Demokratie und Sozialismus vor Hitler zu ſchützen. Der Eindruck dieſes Bankrottes wirkt geradezu kataſtrophal. Gerade den Treueſten und Ernſteſten der Genoſſen erſcheint dieſe ganz unerwartete Wendung als eine völlige Preisgabe des Sozialismus. Das Bürgertum aber, das man damit gewinnen zu wollen vorgibt, quittiert mit kaltem Hohn. Es denkt: „Oho, ſo leicht ſind dieſe Leute umzuwerfen!“ Die „Neue Zürcher Zeitung“ dankt mit grimmiger Ironie für das Geſchenk, das Grimm der Schweizeriſchen Offiziersgeſellſchaft zu ihrem Jubiläum auf den Tiſch gelegt habe. Wenn unſereinem ſo etwas geſchähe, das wäre ein Freſſen für die „Tagwacht“! Ein Zuſammenbruch der neuen ſozialiſtiſchen Erhebung und auch eine Spaltung der Partei, jedenfalls ein tiefer Riß in derſelben, eine Stimmung ſozialiſtiſchen Defaitismus an Stelle der durch die letzten Siege erzeugten Zuverſicht wäre die Folge dieſer neueſten Aktion ihres „Führers“, wenn ſie endgiltig Erfolg hätte, ja die Kataſtrophe wäre gewiß.

Gottlob iſt dieſer Erfolg ſehr ungewiß. Die Stimmung der eifrigſten Genoſſen, namentlich ſoweit ſie nicht Funktionäre ſind, iſt überall entſchieden gegen dieſen Umfall und Abfall. In Zürich entſcheidet eine Mitgliederverſammlung nach der andern gegen Grimm. In Baſel aber iſt noch nichts ausgemacht. Die gegenteiligen Meldungen der Preſſe ſind falſch. Der Kampf geht weiter. Er muß aber zu einer völligen Reviſion nicht im Sinne eines Umfalls, ſondern der Erneuerung, tieferen Begründung, Ausweitung und echten Radikaliſierung des ganzen Programmes und der ganzen Taktik führen. Und zu einer neuen Führung der Partei. Ohne das gibt es kein Heil für den ſchweizeriſchen Sozialismus.

III. Unſer reaktionäres Bürgertum ſetzt nun alſo ſeine Hoffnung auf die neue *Lex Häberlin*. Aber da iſt ihm ein arger Strich durch die Rechnung gefahren: der Zuſammenbruch der *Volksbank*, der, durch unſolides Geſchäftsgebaren verurſacht (es ſei beſonders viel Geld nach Deutſchland gegeben worden), Tauſenden und aber Tauſenden von kleinen Leuten, darunter vielen Dienſtboten, im Ganzen 150 bis 200 Millionen Erſparniſſe raubt und den Bund zu einem Einſpringen mit 100 Millionen zwingt. Dabei iſt bezeichnend, daß im Verwaltungsrat eine Reihe von Säulen des ſchweizeriſchen Freiſinns ſaßen.[1]) Wird man einen Schüpbach oder Stadler auch aus dem Nationalrat ausſchließen? Nicht aus Rachſucht, ſondern weil die Sache ſo bezeichnend iſt, ſei der Finger auf die Tatſache gelegt, daß ausgerechnet dieſer Nationalrat und Oberſt Doktor Stadler, der ſeinen Patriotismus ſo wunderbar betätigt hat, der gleiche Mann iſt, der mit ſolcher Wut die religiös-ſozialen Pfarrer verfolgt.

Dieſe neue Erfahrung mit unſeren bürgerlichen Politikern hat jedenfalls in bezug auf die Ausſichten der neuen Lex Häberlin einen ſtarken Umſchwung herbeigeführt. Es beſteht nun gute Hoffnung, daß es möglich ſein wird, ihr das Schickſal der erſten zu bereiten. Denn allgemein heißt es nun, man habe nicht im Sinne, ſich das Maul verbinden zu laſſen, damit ſolche Dinge der Kritik entzogen werden könnten.

Zugleich iſt nun auch, durch Unvorſichtigkeit, die Maske abgeworfen worden, womit man das wahre Geſicht dieſes „Ordnungsgeſetzes“ hatte verhüllen wollen, indem man tat, als ſei es vorwiegend gegen die Fronten gerichtet. Nachdem ſchon am Feſte der Offiziersgeſellſchaft, wo die Herrſchaften unter ſich waren, ſowohl der Präſident, Oberſtleutnant von Schultheß, als die Bundesräte Schultheß und Minger (wobei letzterer ſeine beſondere Maske abwerfend die Antimilitariſten als „Nichtswürdige“ bezeichnete) erklärt hatten, daß das „Geſetz zum Schutze der öffentlichen Ordnung“ weſentlich ein Geſetz zum Schutze der Offizierskaſte ſei, ſchreibt die „Neue Zürcher Zeitung“ (am 14. Dezember, Nr. 2283): „Ein Haupt-

[1]) Auch im Bündnerland ſind wieder ſehr ſchlimme Praktiken hervorragender freiſinniger Politiker in der Ausbeutung der Waſſerkräfte zu ihren eigenen Gunſten aufgedeckt worden.

zweck des Gefetzes ift bekanntlich die Schaffung von Handhaben für ein nachdrückliches *Vorgehen* gegen die *antimilitaripfche Propaganda*". Nun werden auch die bürgerlichen Befürworter der neuen Lex, die den Glauben aufbrachten, fie fei gegen die Fronten gerichtet, fich befinnen müffen. Der Plan ift ganz klar: Zuerft die Antimilitariften, dann die Sozialiften, und zuletzt auch noch die Pazififten und was jeweilen den Regierenden nicht paßt. Wer Augen hat zu fehen, der fehe! Und handle!

IV. In bezug auf die *äußere Politik* der Schweiz hat fich ebenfalls Wichtiges ereignet.

1. Da find einmal die Beziehungen zu *Deutfchland*, die immer gefpannter werden. Die Grenzzwifchenfälle wiederholen fich. Frech und unerlaubt war z. B. die Abhaltung einer Naziverfammlung in Schaffhaufen. Dem Faß den Boden fchlägt aber aus das fchon erwähnte Auftreten des Doktor Schacht, des Direktors der Deutfchen Reichsbank, in der Volkswirtfchaftlichen Gefellfchaft von Bafel, wo er mit der ganzen Anmaßung, über die er verfügt, den dummen Schweizern klar zu machen verfuchte, wie verkehrt es von ihnen fei, Zinfen von geliehenem Kapital (oder gar Rückzahlung?) zu verlangen, und daß es ihnen hierin ganz am Verftändnis für deutfches Wefen und neues Denken mangle. Dabei handelt es fich, wie gefagt, um 2,7 Milliarden in Deutfchland angelegte Kapitalien, famt 254,89 Millionen Mark Aktien und entfprechende Millionen jährlicher Zinfen.

2. Die Verhandlungen wegen den *Verboten fchweizerifcher Preßorgane* in Hitler-Deutfchland zeigen die bekannte Schwäche und Parteilichkeit des Bundesrates. Wenn nur die „Neue Zürcher Zeitung" gefchützt wird! Auf die fozialiftifche Preffe wird fo wenig Rückficht genommen, daß fogar davon gemunkelt wird, man wolle für fie einen Extraknebel fchaffen. Da hat die Tfchechoflowakei denn doch andere Männer an der Spitze. Sie läßt keine Hitler-Literatur ins Land, auch das Buch „Mein Kampf" nicht.

3. Das Schlimmfte ift wohl die *Propaganda* für Hitler-Deutfchland, die im Lande felbft geübt wird, und zwar mittelbar durch fafchiftifch gefinnte Schweizer, oder unmittelbar durch reichsdeutfche Agenten jeder Art und reichsdeutfche Preßorgane, wie z. B. das neugegründete Blatt: „Die Weltwoche" eines zu fein fcheint. Am allerbedenklichften aber find Tatfachen, wie der Fall *Michaelis*, der dem Falle Freytag und den bekannten Bafler Vorgängen gefolgt ift. Diefer Fall Michaelis ift allerdings intereffant genug. Vielleicht erinnern fich die Lefer noch daran, daß diefer Michaelis durch den Regierungsrat von Bern gegen den Vorfchlag der Fakultät zum Profeffor der Theologie, und zwar für die Auslegung des Neuen Teftaments, gewählt worden ift. Die Fakultät hatte einftimmig unfern Freund *Lichtenhan* aus Bafel vorgefchlagen. Diefer wurde vom Regierungsrat auf die Seite gefchoben, weil er Antimilitarift ift und eine Schrift mit dem Titel: „Ift Abrüftung Chriftenpflicht?" gefchrieben hat. Dafür hat man zum Schutze der „vaterländifchen Gefinnung" einen Mann gewählt, der Hitler-Deutfchland verpflichtet ift. Zu diefem hat er fich neuerdings in einem Vortrag ausdrücklich bekannt. Und nun bedenke man recht: Diefer Mann legt den angehenden Berner Pfarrern das Neue Teftament im Lichte des Hakenkreuzes aus! Diefer Mann ift an eine Macht gebunden, welche das Schweizertum geiftig aufhebt und es auch äußerlich annektieren will! Diefer Mann lehrt die bernifchen Pfarrer — vaterländifche Gefinnung! Aber Lichtenhan, diefer gute Schweizer aus einem alten, guten Schweizergefchlecht, durfte nicht kommen, weil er die Armee gefährde. Und die antimilitariftifchen Pfarrer des Kantons Bern bedroht die gleiche Regierung mit Abfetzung. Es ift kaum etwas denkbar, was das Problem der „Landesverteidigung" fo kraß beleuchtete wie diefer Fall Michaelis. Ja, fo verteidigen unfere Patrioten die Schweiz, in Bern wie überall.

4. Ein trauriges Kapitel bleibt immer auch die *Fremdenpolizei*. Stets aufs neue werden Menfchen fchlecht behandelt, die uns als Kämpfer gegen die Hitler-Gefahr hochwillkommen fein müßten und die eines Tages durch ihr Einftehen uns wirkfamer fchützen könnten als unfere Oberften. So wurde neuerdings *Hell-*

mut von Gerlach, diesem grossen, lauteren und tapferen Vorkämpfer der Demokratie, verweigert, in der Schweiz einen Vortrag über den Reichstagsprozeß zu halten. Dieser Fremdenpolizei mit der engen Stirn und dem engen Herzen, die das kostbare Gut der Sympathie für die Schweiz vertut, möchte man ein neuerliches Wort von *Benesch* ins Stammbuch schreiben: „Es wird", so erklärt er in einer Kammerrede in der Tschechoslowakei, „in Zukunft unser Stolz sein, wie es seit Jahrzehnten der Stolz der höchstkultivierten europäischen und Weltstaaten war: Englands, Amerikas, Frankreichs und der Schweiz [!], daß wir politischen Flüchtlingen ein Asyl gewähren."

Eine wohlverdiente Beschämung für unsere Kleinseligkeit ist die *Anerkennung Sowjetrußlands* durch die Vereinigten Staaten. Nun wird die Schweiz halt auch dran glauben müssen, aber was einst, frei gewährt, etwas bedeutet hätte, wird jetzt zu einem armseligen Zu-Kreuze-kriechen. So geht es, wenn man den Großhans spielen will, während man im Handkehrum, wo es einem paßt, dann wieder klein und bescheiden tut.

5. Am allerschwersten aber dünkt mich die Krise des *Völkerbundes.* Was würde aus der Schweiz, wenn er zusammenstürzte? Und wo bleibt die Stimme der Schweiz gegen den Versuch, ihn zu einem Direktorium der Großmächte zu gestalten oder ihn zu ruinieren? Allgemeines Schweigen. Auch Mottas, des Beredten, wo doch die Schweiz zu allererst daran gehen sollte, besonders die „kleinen" und „mittleren" Völker zu einem Bunde gegen dieses Attentat auf die Völkerdemokratie aufzurufen. Da haben wir wieder unsere Landesverteidigung!

V. Aber ich vergesse, ich vergesse wieder unsere Obersten. Die werden uns ja schon verteidigen und alles gut machen. Die Armee! Die Armee! Die Armee!

Zu behaupten, daß wir keinen schweizerischen *Militarismus* hätten, wird immer lächerlicher. Kaum sind die 100 Millionen für die neue Ausrüstung stillschweigend bewilligt, rückt man mit dem Plan einer sogenannten Heeresreform heraus, die u. a. eine Verlängerung des Rekrutendienstes für verschiedene Waffengattungen, und vor allem eine, wenn auch noch etwas maskierte, Militarisierung unserer Jugend bringt. Die der Frauen wird wohl folgen. Und den Gasschutzschwindel wird man bei der günstigen Konjunktur wohl auch durchzusetzen suchen. Das hundertjährige Jubiläum, das die Schweizerische Offiziersgesellschaft kürzlich in Zürich feierte, war ein reines Fest dieses Militarismus. Eine große Geschichte wurde aus dem Umstand gemacht, daß „das rote Zürich" den Mut hatte, nicht zu Ehren dieser Gesellschaft, von der es noch dazu wacker beschimpft worden war, die öffentlichen Gebäude beflaggen zu lassen. Ein Artikel der „Neuen Zürcher Zeitung" mit der Ueberschrift: „Oberleutnant Klöti flaggt nicht" ist sehr bezeichnend für die immer deutlicher hervortretende Tendenz, den Offizier zum Herren des schweizerischen Lebens zu machen.

Dafür sind einige weitere Vorkommnisse charakteristisch. In Basel ist ein Doktor *Gysin,* der vor etwa fünfzehn oder siebzehn Jahren als Zürcher Student den Dienst verweigerte, unter Zustimmung der Freisinnigen zum Bürgerrat gewählt worden. Darob werden die Offiziere unter den Freisinnigen angefahren, daß sie so etwas geduldet hätten. Die Offiziersgesellschaft besitzt offenbar ein Verzeichnis aller Dienstverweigerer bis weit zurück, dazu aller antimilitaristischen Lehrer, Pfarrer, Beamten. Und ein weitverzweigtes Organisationsnetz, das ihr erlaubt, jede Pfarrer-, Lehrer- oder auch nur Abwartswahl zu kontrollieren. Unser Freund *Suter,* Lehrer in Baden, ebenfalls Dienstverweigerer, sollte nächstens durch Wahl zum Sekundarlehrer aufrücken. Kommt der Befehl, das zu verhindern. Weiter: Pfarrer *Maurer* in Zürich, der bekannte Prediger, Dichter und Volksmann, jetzt auch Doktor der Theologie, wird von der theologischen Fakultät zur Leitung des katechetischen Seminars, d. h. der Uebungen im Religionsunterricht für die theologischen Studenten (wofür er eine besondere Begabung besitzt), vorgeschlagen. Der Regierungsrat verweigert die Bestätigung. Denn er ist Antimilitarist. Aber die Krone dieses Verhaltens ist doch der Fall *Brenner.* Unser Freund Doktor Brenner ist unter anderem Hilfslehrer für Chemie an der Höhern

Töchterſchule in Zürich. Und zwar ein ſehr tüchtiger und beliebter Lehrer. Knall auf Fall wird er entlaſſen, weil ihm ja die bürgerlichen Ehrenrechte fehlten. Er iſt ebenfalls Dienſtverweigerer, aus dem Zwang ſeines chriſtlichen Gewiſſens, und tatſächlich fehlen ihm bis zum Frühling dieſe Rechte. Und nun bedenke man, daß der kantonale Erziehungsdirektor jener Regierungsrat *Wettſtein* iſt, der ſich gern als freien Geiſt gibt und jüngſt im Namen der Lehrfreiheit ſeinen Schild über den Hitler-Profeſſor Freytag gehalten hat. Daß 218 Schülerinnen für ihren Lehrer beim Rektorat lebhaft eingeſtanden ſind (dem man eine großherzigere Haltung zugetraut hätte!), iſt eine Verheißung dafür, daß ein Geſchlecht heranwächſt, das mit dieſem Syſtem und ſeinen Trägern ungeahnte Abrechnung halten wird. Denn es iſt noch nicht aller Tage Abend.

Möchte gerade unſer übermütiger Militarismus nicht vergeſſen, daß es *Umſchwünge* und einen Tag der *Vergeltung* gibt.

Dahingegangene. Es ſei auch bei uns der plötzliche Hingang *Stefan Georges* erwähnt. Auch wenn der Redaktor keine direkten geiſtigen Beziehungen zu ihm gehabt hat und ſeine ganze Art ihm zunächſt ſogar ſehr unſympathiſch war, ſo muß doch wohl anerkannt werden, daß er auf ſeine Weiſe ein Großer und jedenfalls ein Geſtalter unſerer Zeit war. Vielleicht hat ihn ein gütiges Schickſal davor bewahrt, wie Gerhardt Hauptmann ein Hofdichter des Hitler-Reiches zu werden.

Mit großer Freudigkeit aber kann und muß ich eines andern Mannes gedenken: des unmittelbar vor dem Antritt des hundertſten Altersjahres verſtorbenen Basler Ratsherrn *Hermann Chriſt.* Und zwar iſt es nicht ſein chriſtliches und kirchliches Wirken, ſo ſchön und geſegnet es ſein mochte, wofür ich ihm vor allem dankbar bin, und auch nicht ſein politiſches Tun, wie etwa ſein Eintreten für die Kolonialvölker, ſo groß und aus echtem chriſtlichem Rittertum entſprungen dieſes auch war, ſondern ſein Buch: *„Das Pflanzenleben der Schweiz“*. Das iſt für mich eine Gabe geweſen, die mein ganzes Leben verſchönert und bereichert hat. Es iſt auch eine der edelſten Gaben, die der *Schweiz* von einem ihrer Söhne je geſchenkt worden iſt. Und dazu iſt auch das ſchon wertvoll, daß es von einem Rechtsgelehrten und aktiven, echten Chriſten ſtammt. Möge es *lebendig* bleiben!

Verdankungen. Mit warmem Dank zeigen wir die folgenden Gaben an, die ſeit Ende Oktober bei uns für die *Flüchtlingshilfe* eingegangen ſind:

Von der Gruppe der Religiös-Sozialen in Lauſanne 40.—; von H. F. in Z. 10.—; S. Z. in Z. 5.—; M.-C. in D. 20.—; von der Gruppe der Socialistes Chrétiens in Le Locle 15.—; von K.-Sch. in Z. 10.—; von Frl. P., S.-L. in Z. 5.—; L. R., Vortragshonorar Rh. 60.—; C. F. in Z. 10.—; F. G. in K. 5.—; Fr. W. in Fr. 50.—; E. M. in Z. 5.—; M. G. in M. Ver. St. 25.—; J. in 10.—; A. R. in M. 5.—; M. K. in Z. 10.—; C. F. in Z. 10.—; Fr. v. Sch. in B. 25.—; durch E. A. in S. B. 50.—; K.-Sch. in Z. 10.—; H. F. in Z. 10.—; S. Z. in Z. 5.—; A. B. in B. 50.—; A. u. B. in Z. 30.—; A. W. in R. 20.—; Fr. W. in Fr. 20.—; E. M. in Z. 5.—; E. M. in Z. 50.—; Ungen. in Z. 100.—; R. T. in Z. 50.—; Ungen. durch Rel.-ſoz. Ver. 20.—. Total Fr. 740.—.

Für die *Kinder der Arbeitsloſen* erhielten wir: Vom Landerziehungsheim Albisbrunn Fr. 25.—; von P. A. in O. 5.—. Total Fr. 30.—.

Auch hiefür ſprechen wir den Gebern unſern herzlichen Dank aus.

L. und C. Ragaz.

Berichtigung.

Im Novemberheft muß es Seite 544, Zeile 3 von unten, heißen: „*Ein* ſozialiſtiſches (nicht „Frei-ſozialiſtiſches“) Programm“.